

# Sozialdemokratischer SPD Pressedienst

P/XXVI/244

22. Dezember 1971

Politik nicht nur Sache der Politikmacher

---

Von den demokratischen Pflichten aller  
Staatsbürger

Von Alfred Kubel MdL  
Ministerpräsident von Niedersachsen

Seite 1 bis 3 / 110 Zeilen

Praktische Demokratie in der Schule

---

Zum neuen Schüler-Mitwirkungsgesetz in NRW

Von Jürgen Girgensohn MdL  
Kultusminister des Landes Nordrhein-Westfalen

Seite 4 und 5 / 57 Zeilen

100-Staaten-Konferenz für Umweltschutz

---

UNO beginnt in Stockholm einen weltweiten  
Kampf

Seite 6 / 46 Zeilen

Chefredaktion: Dr. E. Eckert  
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler  
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10  
Postfach: 120-408  
Presserhaus I, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 80 37 - 32  
Telex: 688 846 / 888 847  
536 546 PP-D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 86 11

Politik nicht nur Sache der Politikmacher

Von den demokratischen Pflichten aller Staatsbürger

Von Alfred Kubel MdL

Ministerpräsident von Niedersachsen

"Ich frage mich, wann die Hochschullehrer es lernen werden, Politik zu machen. In der Vergangenheit haben sie das nur partiell bewiesen". Diese Stellungnahme von mir, zur Anrufung des Bundesverfassungsgerichts durch niedersächsische Hochschullehrer abgegeben, hat einen Sprecher der CDU zu der Behauptung veranlaßt, daß es Aufgabe der Hochschullehrer sei, "in erster Linie Lehre und Forschung zu treiben und nicht, sich als Politiker zu betätigen".

Einer solchen Äußerung nun kann kaum scharf genug entgegengetreten werden. Sie muß mit ernster Sorge erfüllen, weil hier ganz beiläufig ein Grundprinzip unseres demokratischen Staates verneint wird - das Prinzip nämlich, daß kein Bürger dieses Staates sich der Pflicht zur unmittelbaren Mitgestaltung unserer Gesellschaft entziehen darf, wenn er das Recht in Anspruch nimmt, die Zustände dieser Gesellschaft zu kritisieren. Diese Pflicht wächst mit dem Grade der Urteilsfähigkeit des einzelnen über die Grundsätze, die unsere Politik bestimmen sollen. Das selbstverständlich erscheinende Bekenntnis zu Recht und Freiheit und Menschlichkeit genügt nicht. Dieses Bekenntnis verpflichtet vielmehr dazu, unsere Gesellschaft durch die Tat diesen Idealen näherzubringen.

Die zitierte CDU-Verlautbarung vermittelt demgegenüber den Eindruck, daß die Hochschullehrer in den unmittelbar unser öffentliches Leben gestaltenden Organisationen und Institutionen entbehrlich oder gar unerwünscht seien. Damit stellt sich die Frage, ob dies nach Meinung der CDU auch für andere, vergleichbare Berufe gelten soll: Journalisten, Rechtsanwälte, Ärzte, Wirtschaftsführer, Lehrer... Wenn sie alle sich "der Politik" versagen würden,

müßte eine tiefgreifende geistige Verarmung unserer politischen Parteien und unseres politischen Lebens überhaupt die Folge sein.

Natürlich ist ganz unbestreitbar, daß die Angehörigen dieser und anderer Berufe schon durch ihre berufliche Tätigkeit die Politik im weitesten Sinne "mitgestalten". Dies gilt ganz besonders für den Wissenschaftler, der als Forscher und Lehrer notwendigerweise "politisch" tätig ist: Indem er dem Politiker durch die Analyse der bestehenden Verhältnisse unverzichtbare Arbeitsgrundlagen liefert, indem er "der Politik" hilft, erstrebenswerte Ziele zu erkennen und oft wesentlichen Anteil daran hat, daß die Wege zu diesen Zielen gefunden werden, und indem er junge Menschen ausbildet, sie geistig und charakterlich derart vorbereitet, nicht nur einen Beruf schlechthin auszuüben, sondern auch den weitergehenden Anforderungen der Gesellschaft zu genügen.

Der Wissenschaftler liefert also - vereinfacht gesagt - die Voraussetzungen für eine gute Politik. Die Frage bleibt, ob er damit seiner Pflicht zur Mitgestaltung unseres Staates schon Genüge getan hat oder ob die Gesellschaft nicht mehr und anderes von ihm fordern kann.

Es ist keine feste Überzeugung, daß von einer so qualifizierten Gruppe wie der der Hochschullehrer in der Tat zum Nutzen dieses Staates mehr gefordert werden darf und muß. Unsere Hochschullehrer sollten stärker als bisher sichern helfen, daß die Wege zu den erkannten Zielen auch gegangen werden. Gerade ihr Berufsstand hat etwa nach 1933 erfahren müssen, daß man sich einer weitergehenden politischen Aktivität nicht entziehen kann, ohne die Erfüllung der eigenen Aufgaben - eben des Forschens und Lehrens zu gefährden. Die gleiche Erkenntnis haben die Hochschullehrer in den Jahren nach 1945 auch aus der Entwicklung innerhalb unserer Hochschulen gewinnen können. Die Umgestaltung des Hochschullebens nahmen intern überwiegend Studenten in die Hand, und reformfreudigen Hochschullehrern blieb häufig nur die Klage, daß Regierungen und Parlamente nicht ausreichend bereit schienen, ihre im Rahmen

## Praktische Demokratie in der Schule

Zum neuen Schüler-Mitwirkungsgesetz in NRW

Von Jürgen Girgensohn MdL

Kultusminister des Landes Nordrhein-Westfalen

Die Schule, in der brave Jungen und Mädchen still in ihren Bänken sitzen und unwidersprochen alles annehmen, was der Lehrer sagt und anordnet, auch wenn sie sich ungerecht behandelt fühlen, diese Schule dürfte es heute kaum noch geben. Wenn es einmal hoch hergeht in seiner Klasse, mag mancher Lehrer sich einen Augenblick lang nach dieser Idylle zurücksehnen. Das ist verständlich, aber wir können nicht im Ernst immer wieder nach dem kritischen Staatsbürger rufen und uns gleichzeitig in der Schule über verschüchterte Jasager und kleine Untertanen freuen. Man kann nicht immer wieder darüber reden, daß man mündige Staatsbürger haben wolle, gleichzeitig aber in allen wichtigen Fragen von der Auswahl der Unterrichtsgegenstände bis zur Gestaltung des Unterrichts auch ältere Schüler bevormunden.

Viele Eltern und Lehrer klagen heute, daß Schüler der Schule gleichgültig gegenüber stehen. Das muß nicht so sein. Man kann allerdings von einem Menschen erst dann Interesse an seiner Arbeit erwarten, wenn er sie selbst mitgestalten kann und sich mitverantwortlich fühlt. Wenn Schüler nicht lernen, sich aufgrund von Tatsachen und Informationen eine Meinung zu bilden, sie in Worte zu fassen und sie öffentlich - auch gegen Widerstände - sachlich zu vertreten, dann darf man sich nicht darüber wundern, daß diese Schüler nicht immun sind gegen die Verführungskraft irrationaler Strömungen in Politik und Gesellschaft. Wo sachliche Kritik und die Möglichkeit zum mitzuentcheiden keinen Raum haben, geschieht es oft, daß Schüler ihrem Unmut

durch kindische Störmanöver und Widerborstigkeit Luft machen.

Leider besteht aber immer noch ein Zwiespalt zwischen dem, was wir sagen und fordern und dem, was wir in unseren Schulen praktizieren. Der von mir vorgelegte und gegenwärtig diskutierte Entwurf eines Schulmitwirkungsgesetzes soll u.a. auch diesen Zwiespalt überwinden. Er sieht auch für Schüler Mitwirkungsmöglichkeiten vor, die über die bisher gültigen Bestimmungen beträchtlich hinausgehen.

Gegner einer verstärkten Mitwirkung von Schülern versuchen immer wieder, diese absurd erscheinen zu lassen, indem sie die Tendenz radikalisieren und extreme Beispiele bilden, mit denen sie die Forderung nach mehr Mitwirkung der Mäherlichkeit preiszugeben hoffen. Können und sollen etwa, so wird polemisch gefragt, in Zukunft auch I-Dötschen mit in der Konferenz sitzen und darüber entscheiden, wie die Schule ihre Haushalts-gelder verwendet? Natürlich können sie das nicht, und selbstverständlich besteht ein enger Zusammenhang zwischen dem Alter der Schüler und ihrer Fähigkeit zur Mitwirkung. Der Gesetzentwurf sieht daher vor, daß die Schulkonferenz als das entscheidende Organ jeder Schule zwar in allen Schulformen und Schulstufen zu 50 vH. mit Lehrern und zu 50 vH. mit Eltern oder Schülern besetzt wird, daß aber in der Grundschule ausschließlich die Eltern die Interessen der Schüler vertreten und als Vertreter der Lernenden Mitglieder der Konferenz sind.

Je älter die Schüler werden, um so stärker nimmt die Beteiligung der Eltern an den Entscheidungsorganen ab, bis wir in den Schulen, die überwiegend von Volljährigen besucht werden, ganz auf die Beteiligung der Eltern verzichten. Etwa von der 8. Klasse ab, so meine ich, können Schüler in den Entscheidungsorganen ihrer Schule mitwirken. Die Voraussetzung ist allerdings, daß sie auf diese Aufgabe sowohl im Elternhaus als auch in der Schule vorbereitet wurden.

/-ex/22-32.1971, bgy.

100-Staaten-Konferenz für Umweltschutz  
-----

UNO beginnt in Stockholm einen weltweiten Kampf

Am 5. Juni 1972 soll die erste internationale Umweltschutzkonferenz der Vereinten Nationen in Stockholm eröffnet werden. Sie hat den Arbeitstitel "UN-Konferenz über die menschliche Umwelt" erhalten. Die Leitung der Konferenz wird in den Händen von Generalsekretär Maurice Strong liegen.

Die Vereinten Nationen gehen davon aus, daß rd. 1.200 Delegierte aus über 100 Staaten der ganzen Welt nach Stockholm kommen werden. Im schwedischen Außenministerium werden bereits protokollarische Fragen erörtert, weil eine Reihe nationaler Delegationen sich mit ihren Staatsoberhäuptern, Regierungschefs oder Fachministern angesagt haben. Die Vereinten Nationen selbst wollen über 300 Fachleute vornehmlich aus New York nach Stockholm fliegen. Die schwedische Post ist darauf vorbereitet, Fernmeldeeinrichtungen für über 1.000 Journalisten zu installieren.

Inzwischen gehen beim Generalsekretär der Vereinten Nationen, U Thant, in New York aus aller Welt laufend Berichte über Fragen des Umweltschutzes ein. 60 ausführliche Expertisen der mehr als 100 Staaten, die sich angesagt haben, sind bereits eingegangen, davon 30 aus Entwicklungsländern. Besonders die an der Ostsee liegenden Staaten bereiten sich sehr sorgfältig auf die Konferenz vor. Aus den nationalen Berichten auch der Ostblockstaaten wird sichtbar, daß man eigene Mängel nicht unterschlägt.

Maurice Strong, der in Stockholm bereits die ersten Vorbereitungen für die weltweite Konferenz getroffen hat, gab zu verstehen, daß er auch die Bundesrepublik und die DDR an der Konferenz teilnehmen lassen möchte. Aus der Sicht der Vereinten Nationen geht man davon aus, daß nach erfolgreichem Abschluß der Berlin-Verhandlungen sowie der Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau durch das Bonner Parlament der gleichberechtigten Einladung an Bonn und Ostberlin nichts mehr im Wege steht.

Die UN-Organisation knüpft sehr große Erwartungen an diese Umwelt-Konferenz. Man will detaillierte Programme verabschieden, mit deren Hilfe die gesamte menschliche Lebenssphäre vor Verunreinigungen und Zerstörungen geschützt werden soll. Es wird im Detail um Modelle für Völkerrechtsverträge gehen, durch welche die Verpestung der Luft (Schwefel) über nationale Grenzen hinweg unterbunden werden soll, wozu dann auch nationale Gesetze erforderlich sind.

Es wird ferner um die Frage gehen, ob zunächst jedenfalls in Seitenmeeren der Weltmeere, wie etwa der Ostsee oder des Mittelmeers, Einheiten aus Wasserschutzbooten aufgestellt werden, welche die Sauberhaltung der Meere zu überwachen haben. Hier wird auch zu entscheiden sein, ob diese Verbände aufgrund von Verträgen der Meeresanlieger aufgestellt und finanziert werden oder ob die Vereinten Nationen das Ganze selbst in die Hand nehmen.  
(cc/ex/22.12.1971/hgy)